

REDE

von

Christian Lindner, MdB

Generalsekretär der FDP,

beim Dreikönigstreffen der FDP

am 06. Januar 2010 in Stuttgart

Meine sehr verehrten Damen,
meine Herren,

als ich Anfang Dezember die Einladung zu diesem Dreikönigstreffen erhalten habe, in der ja schon die Rede eines neuen Generalsekretärs angekündigt war, habe ich mich persönlich noch gar nicht angesprochen gefühlt. Heute darf ich meine erste Rede im neuen Amt bei diesem traditionellen Jahresauftakt halten. Es ist ein besonderer Moment für mich persönlich, weil ich Dankbarkeit angesichts der in mich gesetzten Wünsche, angesichts des in mich gesetzten Vertrauens spüre, aber auch Verantwortung angesichts der Herausforderungen, vor denen jetzt die Partei der Freiheit steht. Es ist das eine, Regierungsmacht zu erringen, es ist das andere, Gutes zu bewirken und Menschen für Veränderungen zu begeistern. Uns gelingt das. Das zeigen die baden-württembergischen Liberalen unter Führung von Birgit Homburger und Ulrich Goll beispielsweise. Deshalb ist es auch ulkig, wenn ein Stichwortgeber aus München heute wieder gönnerhaft gesagt hat, die FDP werde sich schon an Regierungsverantwortung noch gewöhnen. Wir haben schon vor der Bundestagswahl in den Ländern für 63 Millionen Deutsche Verantwortung getragen. Und jeden Tag Staatsklugheit bewiesen. Für mehr Menschen als die SPD und - mit Verlaub - für mehr Menschen als die CSU. Vielleicht ist mit dem Gewöhnen an Regierungsverantwortung in Wahrheit auch etwas anderes gemeint. Vielleicht ist damit gemeint, sich wortreiche Erklärungen auszudenken, warum man nach der Wahl nicht das tut, was man vor der Wahl gesagt hat. Vielleicht ist mit Gewöhnen an Regierungsverantwortung gemeint, dass man sich mit dem Status Quo bescheidet. Vielleicht ist mit dem Gewöhnen an Regierungsverantwortung gemeint, dass man Überzeugungen bei Widerständen opfert. Wenn das gemeint ist, dann wollen wir uns an solche Art zu regieren auch gar nicht gewöhnen, meine Damen und Herren.

Das ist ein besonderes Dreikönigstreffen – ganz unabhängig auch von meiner Person.

Es ist das erste Dreikönigstreffen in einem neuen Jahrzehnt und deshalb sicher auch Anlass dafür, den Blick nach vorne zu richten für einen längeren Zeitraum als nur 12 Monate. Und das Jahr 2010 markiert das gedachte Ende eines Erneuerungsprozesses einer inzwischen verflissenen Regierung. Die Agenda 2010, ihr Zieldatum ist erreicht. Aber ist tatsächlich auch die soziale Erneuerung in Deutschland auch erreicht worden? Manches ist technokratisch verändert worden. Der Gesetzgeber, Verwaltungen und Gerichte sind ja bis heute mit den Hartz-Reformen beschäftigt. Einiges mag auch verbessert worden sein. Aber ein eklatanter Mangel in unserer Gesellschaft ist immer noch nicht behoben - und das ist der beschämende Mangel an Fairness in unserer Gesellschaft. Und ich will Ihnen das aus meinem persönlichen Erleben einmal berichten. Ich habe diese Geschichte schon an anderer Stelle mal erzählt, weil sie mir nahe geht. In einem Textilgeschäft in meiner Straße arbeitet eine Frau aus dem ehemaligen Jugoslawien, hat einen Teilzeitjob, ist eine allein erziehende Mutter. Die bekommt daneben Hilfe vom Staat, und für diese organisierte Solidarität ist sie dankbar. Und das ist auch eine zivilisatorische Errungenschaft, dass in Deutschland Hilfe nicht von Barmherzigkeit abhängig ist sondern, dass das soziale Rechte sind. Das weiß sie zu schätzen. Sie hat sich zugleich den gesunden Reflex erhalten, Solidarität nur soweit in Anspruch zu nehmen, wie es nötig ist und nicht alles Mögliche mitzunehmen. Sie will für sich und ihre kleine Tochter, sie ist allein Erziehende, sozialen Aufstieg möglich machen. Deshalb sorgt sie dafür, dass die Tochter nicht auf die Hauptschule sondern auf die Realschule kommt. Übt mit ihr. Und sie hat daneben noch einen Minijob, einen angemeldeten übrigens. Weil sie nach vorne kommen will. Weil sie Schritt für Schritt im Leben weiterkommen will. Auf solche Leute muss man hören, wenn man wissen will, wie es im Sozialstaat läuft. Sie hat mir erzählt, wenn sie im Monat auch nur eine Stunde mehr arbeitet, dann hat sie am Ende des Monats netto weniger in der Tasche. Und das ist der eigentliche Skandal in Deutschland, das der Sozialstaat der herkömmlichen Prägung denjenigen Knüppel zwischen die Beine wirft, die für sich und ihre Familien sozialen Aufstieg erarbeiten wollen. Das ist der größte Mangel an Fairness in Deutschland. Und das ist der Grund, warum wir unser Bürgergeld im Koalitionsvertrag verankert haben. Das Bürgergeld macht nicht nur den Sozialstaat effizienter und durchschaubarer, es baut vor allen Dingen Menschen mit geringerer Qualifikation über Teilzeitarbeit und Leichtlohnjobs eine Brücke zurück in die Selbstverantwortung. Viel zu lange, viel zu lange sind in Deutschland Menschen nicht aktiviert, sondern alimentiert worden, oder wie der Historiker Paul Nolte einmal gesagt hat: „fürsorglich vernachlässigt worden“. Und das muss sich verändern. Im Übrigen ist Arbeit auch mehr als Einkommenssicherung. Das war einer der großen Irrtümer von Karl Marx, der Arbeit abqualifiziert hat als Reich der Notwendigkeit. Arbeit gehört zum Reich der Freiheit, weil Arbeit Identität schafft, weil Arbeit den Alltag strukturiert, weil Arbeit Selbstbewusstsein schafft. Wir alle reifen nicht zur Persönlichkeit zu Hause auf der Couch sondern im tätigen Miteinander in Wirtschaft und Gesellschaft. Und deshalb ist es nur human, alles zu tun, um Menschen in Arbeit zu bringen. Ein Sozialstaat, der Menschen zu Taschengeldempfängern degradiert, ist inhuman, meine Damen und Herren. Diese Gesellschaft von Taschengeldempfängern im Übrigen, das will ich auch noch hinzufügen, auf

die Linkspartei und Teile von SPD und den Grünen hinauswollen, eine solche Gesellschaft, wäre eben nicht nur eine antriebslose Gesellschaft; es wäre im Ergebnis auch eine unglückliche Gesellschaft, meine Damen und Herren. Also – deshalb wollen wir das Bürgergeld. Das Bürgergeld kann eine der großen sozialpolitischen Innovationen werden. Und es kann die dritte Säule unserer Politik für Freiheit und neue Fairness auch in der christlich-liberalen Koalition sein. Neben einem die Bürger entlastenden und einfachen Steuerrecht, mit dem das Verbeugen und Verbiegen der Bürger vor dem Finanzamt beendet wird, und neben einer Gesundheitsreform, die unser Gesundheitssystem für alle mit hohem qualitativen Anspruch bezahlbar hält. Deshalb fordern wir unseren Koalitionspartner auf, diesen Prüfauftrag für das Bürgergeld - auch wenn er über die Legislaturperiode hinausreicht - endlich mit Leben zu füllen, meine Damen und Herren.

Ich bin überzeugt, dass geteilte moralische Empfindungen sehr viel stärker die Entscheidung über eine politische Richtung prägen als einzelne Programmaspekte. Deshalb soll und wird die FDP auch die Deutungshoheit für den Begriff der sozialen Gerechtigkeit, der sozialen Verantwortung für sich reklamieren. Und wir müssen diesen Wettbewerb nicht scheuen. Nicht mit den Sozialdemokraten beispielsweise, die vor der Bundestagswahl unser Stipendiensystem, das Andreas Pinkwart entwickelt hat, für talentierte Studierende in den Gremien des Bundes verhindert haben. Übrigens freundliche Grüße an Frau Schavan. Das wäre ein deutlicher Beleg für den Politikwechsel, wenn wir das noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auf die Schiene bringen können, meine Damen und Herren. Die Sozialdemokraten taumeln ohnehin orientierungslos gegenwärtig. Da sagt Herr Gabriel wir bräuchten eine – wie waren seine Worte – eine Bürgerbewegung gegen Steuerentlastungen. Wo war dieser Mann in den letzten Monaten? Wir hatten schon eine Bürgerbewegung. Eine Bürgerbewegung gegen mehr staatlichen Zugriff auf Privatheit und private Portemonnaies. Das war die Bundestagswahl. Und damit ist auch das krude Verständnis von Herrn Gabriel abgewählt worden, dass Politiker und Beamte besser wüssten was gemeint worden ist, als die Bürger selbst. Wir haben die politische Beweislastregel umgekehrt. Früher ist gefragt worden, wie viel private Spielräume kann sich eigentlich der Staat erlauben. Wir fragen jetzt: Wieviel Staat können sich eigentlich die Bürger erlauben. Bei uns haben jetzt die Bürger endlich Vorrang vor dem Staat, meine Damen und Herren.

Wir scheuen den Wettbewerb nicht mit den Grünen. Die durch hohe Energiekosten individuelle Mobilität beispielsweise für normale Leute einschränken wollen. Wir sorgen durch ein Energiekonzept, das trotz Klimaschutz Energie bezahlbar und wirtschaftlich hält, dafür, dass auch jeder individuell mobil sein kann und auch sein normales Leben führen kann. Wir fürchten den Wettbewerb aber erst recht nicht mit der Linkspartei. Einer Partei die sich auf die politische Wirklichkeitsverweigerung spezialisiert hat. Einer Partei, die unverhohlenen Klientelpolitik macht. Einer Partei, die immer noch nicht Verantwortung für DDR-Staatsbankrott und Bautzen übernommen hat und sich trotzdem zum Anwalt der angeblich in Deutschland

Endrechteten aufspielt. Eine solche Partei darf keine Verantwortung haben. Aber es wird ja gegenwärtig der Versuch unternommen, diese Partei salonfähig zu machen, weil Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen nur mit der Linkspartei eine eigene Regierungsperspektive hat.

Und deshalb werden wir am 9. Mai die Menschen vor die Wahl stellen, was sie wollen.

Wir haben den subventionierten Steinkohlebergbau beendet und das Geld für mehr Lehrer investiert. Die anderen wollen eine tote Industrie weiter künstlich beatmen. Wir haben eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik gemacht. Die anderen wollen Staatsunternehmen stärken. Andreas Pinkwart hat die Hochschulen in die Freiheit entlassen, die anderen wollen sie wieder zu Behörden machen. Wir wollen diese Freiheit auch für die Schulen – die anderen wollen die Einheitsschule. Mit der Konsequenz, dass doch ganz viele die privaten Groschen zusammenkratzen würden, um die Kinder auf Privatschulen zu geben. Das Ergebnis wäre dann eine Spaltung der Gesellschaft. Das werden wir verhindern. Darum geht es am 9. Mai. Dass der christlich-liberale Kurs der Erneuerung fortgesetzt wird und ein rot-grün-blutrotes Experiment zu Lasten des Landes verhindert wird, meine Damen und Herren, das ist die Aufgabe. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diesen Meilenstein auch nehmen werden.

Die Sozialdemokraten haben selbst in ihrer Herzkammer das Vertrauen verspielt. Der letzte Ministerpräsident der SPD, der noch selbst bei einer Landtagswahl eine Mehrheit errungen hat, war Wolfgang Clement. Wolfgang Clement gehört der SPD nicht mehr an. Vor der letzten Bundestagswahl hat er die Wahl der FDP empfohlen. Und das ist ein Signal an all diejenigen, die wirtschaftliche Vernunft und soziale Sensibilität verbinden wollen. Ein Signal an all diejenigen, die sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit wollen. An diese Menschen wenden wir uns. Wenn Sie politisch heimatlos geworden sind, stärken Sie die Freien Demokraten – Sie sind uns herzlich willkommen.

Unsere politische Substanz gibt uns Sicherheit im Alltag. Aber es stellen sich auch neue Fragen für die Liberalen. Und deshalb werden wir nach der Landtagswahl das tun, was die baden-württembergischen Liberalen als Avantgarde der Bundespartei ja schon vorgemacht haben. Wir werden uns beschäftigen mit einem neuen Grundsatzprogramm für die FDP. Nicht, weil wir Defizite in unserer Programmatik sehen, sondern weil wir neue Chancen für uns öffnen wollen. Wir haben einen hohen Anspruch an uns selbst. Die Freiburger Thesen haben eine ganze Generation von Liberalen im Geist von Karl-Hermann Flach bewegt. Die Wiesbadener Grundsätze, die Guido Westerwelle geprägt hat, bilden die Grundlage unseres Selbstvertrauens und unseres heutigen Erfolgs. Aber die Welt hat sich eben verändert seit 1997. Es gibt neue Fragen, neue Herausforderungen und damit auch neue Aufgaben für die Liberalen. Es geht zum Beispiel darum, globale Verantwortung zu übernehmen in Zeiten der Erderwärmung, ohne deutsche Interessen zu vernachlässigen. Es geht darum, den Klimawandel zu gestalten und deutsche Umwelttechnologien zu einem Wachstumsmotor zu machen. Die FDP muss

faszinierenden Visionen wie Solarstrom aus der Sahara für Mitteleuropa Bahn brechen. Und wir haben mit unseren Ressourcen dazu auch die Trümpfe in der Hand, meine Damen und Herren. Es geht darum, einen neuen Akzent in der Bildungspolitik zu setzen. Die Zeit ideologischer Debatten in der Bildungspolitik endet. Wir brauchen ein Bildungssystem, das in der Breite alle mitnimmt und an der Spitze Talente hervorbringt, das Forschung zu einem Standortfaktor macht, das Familien unterstützt, ohne sie zu ersetzen, das die ungenutzten Potenziale nach Deutschland zugewanderter Menschen endlich hegt. Ein Bildungssystem aus einem Guss. Wir brauchen mehr Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung. Und ich füge eines hinzu, es ist Ausdruck des skandalösen Versagens von Elternhäusern und Schulsystem, wenn in Berlin auf eine Umfrage hin Hauptschüler auf die Frage, was sie werden wollen, antworten: Ich werde Hartz IV. Das muss sich ändern in Deutschland, meine Damen und Herren.

Es geht darum, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern und zu verteidigen. Zu verteidigen gegen Bedrohungen von innen, weil manche gezockt haben, Marktmacht missbraucht haben - und gegen Bedrohungen von außen, weil mancher durch mehr Einfluss den Staat und Politik den Markt gleichsam entmarkten will. Wir wissen, Soziale Marktwirtschaft das ist keine seelenlose Regelsammlung. Sie setzt eine Mentalität ehrlicher Kaufmannstugenden voraus. Werte ersetzen keine Regeln, aber ohne Werte bleiben Regeln blutleer. Und deshalb setzen wir uns für eine Soziale Marktwirtschaft ein, die auch eine Wertordnung von moralischer Autorität ist, meine Damen und Herren.

Die Bürokratisierung ist in meinen Augen eine der Hauptgefährdungen der Freiheit. Die Standardisierung von Lebensläufen im Kleinen, wenn Bürger sich bei Behördengängen fühlen müssen wie Romanfiguren von Kafka. Und im Großen etwa bei der Entscheidung über den Eintritt ins Rentenalter. Warum entscheidet ein anderer für mich, wann ich zu jung zum Aufhören und zu alt zum Weitermachen bin, meine Damen und Herren. Das können freie Bürger selbst für sich entscheiden. Es geht jetzt darum, Staat und Privat in eine neue Balance zu bringen. In einem Land, in denen viele immer mehr vom Staat und immer weniger von sich selbst erwarten. In dem eine immer größere Zahl über viele Jahre entwöhnt worden ist vom Gebrauch der eigenen Freiheit. In dieser neuen Balance liegt aber zugleich der Schlüssel für die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Der Staat muss vom überforderten und sich selbst überfordernden Schwächling mehr zu einem starken Partner in den Kernaufgaben werden. Wir müssen das kaum mehr durchschaubare Verteilungsknäuel von Nebenhaushalten, Staatshaushalten, Subventionen und Ausnahmetatbeständen endlich entwirren. Das ist wie bei Michelangelo. Der hat auf die Frage, wie er seine wunderbare große Davidstatue gemacht hat, geantwortet: „Ich habe nur das Zuviel an Marmor weggenommen“. Das „Zuviel“ wegzunehmen, das ist jetzt unsere Aufgabe beim Staat, meine Damen und Herren.

Wir haben neue Informationstechnologien, die uns in Verbindung bringen mit anderen Kulturen, anderen Menschen, die neue Geschäftsmodelle inspirieren. Die zugleich aber auch Gefährdungen in sich tragen, wenn Staat private Daten sammeln. Aber auch wenn gläserne Profile entstehen, weil

Menschen freiwillig Daten für Bonuskarten oder soziale Netzwerke preisgeben. Kann man da irgendwann Persönlichkeiten ausrechnen und gen-manipulieren? Welche kulturelle Prägekraft geht eigentlich von einem privaten Anbieter mit der Dominanz, wie Google sie hat, aus? Und droht nicht eine neue Trennlinie in der Gesellschaft, wenn selbst ein Intellektueller wie Frank Schirrmacher in seinem neuen Buch bekennt, dass er sich eigentlich digital überfordert fühlt. Fragen, auf die wir antworten müssen, um den Wert der Freiheit in der neuen Zeit zu vermessen. Wir haben Sicherheit durch unsere politischen Prinzipien, durch die Prinzipien des Liberalismus. Freiheit verlangt und ermöglicht individuelle und gesellschaftliche Verantwortung, Toleranz und Optimismus, Fairness, die Achtung vor Privatheit und privatem Eigentum. Mit diesen Prinzipien bestimmen wir einen konsequenten Liberalismus, der Veränderungen als Chance begreift und Ungleichheit in einer Gesellschaft akzeptiert, wenn sie sich aus der Freiheit und fairem Wettbewerb ergibt. Es ist zugleich aber auch ein mitfühlender Liberalismus, weil er nicht blind bleibt für die Ergebnisse des Wettbewerbsspiels in Markt und Gesellschaft, sondern immer wieder Menschen neu in die aktive Teilhabe an Arbeit, Bildung und Kultur zurückführen will. Das sind die Prinzipien des Liberalismus. Diesen Prinzipien dient die FDP und dieser Partei diene ich.